## Morgen in Illesheim:

## **Erste Mahnwache** am Kasernentor

Protest gegen Fluglärm

ILLESHEIM (zi) – Die Bürger-initiative "Etz langt's", die sich seit drei Jahren im Raum Ans-bach gegen negative Folgen der US-Militärbasis Katterbach – wie Fluglärm, Umweltzerstörung Fluglärm, Umweltzerstörung und Luftverschmutzung – zur Wehr setzt, führt am Freitag, 3. Juli, erstmals mit Bürgern aus dem Landkreis Neustadt/Aischdem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, die unter Flug-lärm leiden, eine Mahnwache vor der US-Kaserne Illesheim durch. Sie beginnt um 17 Uhr vor dem ehemaligen Haupteingang (Illes-

Die Bürgerinitiative unter Vorsitz von Pfarrer i. R. Hansjörg Meyer, reagiert damit darauf, dass schon mehrere Lärmgeschädigte aus Bad Windsheim und den Nachbargemeinden an sie heran getreten waren. Meyer: "Auch im Raum Bad Windsheim ist die Belastung der Bevölkerung durch den Betrieb des Hubschrauberflugglatzes Illesheim der US-Arginglatzes Ulesheim der flugplatzes Illesheim der US-Ar-mee deutlich spürbar". Den Pro-test dagegen wolle man nun "direkt vor die Kasernentore tragen", heißt es im Aufruf zur Teilnahme. Nach der Mahnwache lädt die

Bürgerinitiative, die in Ansbach mit Bündnispartnern auf bereits "wegweisende Erfolge" verweist, zu einer Informationsveranstal-tung in der Bad Windsheimer Gaststätte "Le Anfore" (Am Alten

Weed) ein.

weed) ein.

Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Renate Ackermann, will in einer Anfrage an die Staatsregierung wissen, ob sie einen Vorstoß auf Bundesebene unternehmen wird, damit die Flugplätze Katterbach und Illesheim in das Gesetz zum Schutz gegen Flug. Gesetz zum Schutz gegen Flug-"Gesetz zum Schutz gegen Flug-lärm" aufgenommen werden, "um den Schutz der Allgemeinheit auch hier zu gewährleisten". Sie bezieht sich auf Aussagen der Staatsregierung, dass sich die Bürgerinitiativen der "vollen Un-terstützung bei der nachhaltigen Reduzierung des Fluglärms" si-cher sein könnten. Was auf den Raum Obernfaffenhofen bezogen cher sein könnten. Was auf den Raum Oberpfaffenhofen bezogen sei, müsse auch für Westmittelfranken gelten, so Ackermann, die davon ausgeht, desse die Staat der davon ausgeht, dass "die Staatsre-gierung alle Menschen in Bayerr gierung alle Menschen in Bayern gleichbehandeln will". Dann müsste sie das Gespräch mit der Bürgerinitiative "Etz langt's su-chen, das dieser bislang versagt geblishen sei

geblieben sei.

Die Landtagsabgeordnete will
von der Staatsregierung ferner
Auskunft, welche Maßnahmen sie
in eigener Zuständigkeit ergreifen um die Bevölkerung Fluglärm zu schützen und wie im dicht besiedelten Mittelfranken ein Überfliegen von Wohn- oder Mischgebieten überhaupt verhin-dert werden solle. Messergebnisse der Bürgerinitiative im westlichen Mittelfranken, die weit über den Grenzwerten lägen, sollten die Re-gierung veranlassen, selbst Mes-

gierung veranlassen, s sungen durchzuführen.